

# GERADE. RICHTIG.

## 18. September: CDU wählen

### Das sagt die CDU zum Thema:

#### Wirtschaft, Mittelstand und Stadtplanung

Hier werden die Grundentscheidungen für die Zukunft des Bezirkes getroffen. Wirtschaftspolitik auf Bezirksebene ist in erster Linie Standortpolitik. Wer seine Flächen nicht intelligent entwickelt, seine Wohngebiete nicht durch unterschiedlichste Maßnahmen attraktiv gestaltet und eine entsprechende Imagewerbung betreibt, setzt die Attraktivität des Stadtteils aufs Spiel. Dies ist am Beispiel Neuköllns sehr gut nachweisbar. Wir sehen für unseren Bezirk folgende Aufgabenschwerpunkte:

- Regelmäßige Gespräche des Bezirksamtes mit den großen öffentlichen und privaten Wohnungsbaugesellschaften sollen mit dem Ziel stattfinden, durch vernünftige Vermietungspolitik im sozialen Wohnungsbau soziale und ethnische Problemkiese zu vermeiden.
- Eine ressortübergreifende Auseinandersetzung über die Nutzbarmachung der positiven Effekte des neuen Großflughafens Schönefeld (BER) für die Ansiedlung neuer Unternehmen sowie die Schaffung neuer Wohnungen muss auf bezirklicher Ebene jetzt beginnen, um Standortvorteile nicht zu verschlafen. Wir brauchen klare Ideen, wie wir von BER profitieren und Vorstellungen darüber, wie wir uns von anderen Bezirken und Brandenburger Gemeinden positiv abheben können und auf welche Zielgruppen wir uns mit unseren Marketing- und Förderaktivitäten konzentrieren wollen. (Industrie? Handel? Tourismus? Wohnraum?). Diese einheitliche Strategie wollen wir gemeinsam mit Unternehmern, Verbänden und der Wirtschaftsförderung im Bezirk entwickeln.
- In den vergangenen Jahren konnten einige Spielplätze durch das vom Bezirk finanzierte Spielplatzsanierungsprogramm deutlich verbessert werden. Trotzdem sind viele öffentliche Kinderspielplätze im Bezirk in einem maroden Zustand. Deshalb wird die CDU auch in den nächsten Jahren einen finanziellen Schwerpunkt setzen, um die vorhandenen Spielplätze sicherer zu machen und sauber zu halten. Bei der Neuanlage von Spielplätzen ist die Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit engagierten Anwohnerinnen und Anwohnern zu prüfen. Für den Schutz vor Verwahrlosung können wir uns auch die Kooperation mit Bürger- oder Anwohnerinitiativen vorstellen.



**BERND KRÖMER.**  
Bezirksbürgermeister  
für Tempelhof-Schöneberg.

**CDU**

- Die Ein- und Zweifamilienhausgebiete unseres Bezirkes haben eine gesunde soziale Mischung und stabilisieren die südlichen Gebiete unseres Bezirkes. Die CDU sieht deshalb mit großer Sorge, dass der rot-rote Senat die Belastungen für Einfamilienhausbesitzer durch Erhöhungen der Grundsteuer, Folgekosten des Straßenausbaubeitragsgesetzes, Veränderungen des Straßenreinigungsgesetzes und anderer Einzelmaßnahmen drastisch erhöht hat. Aber auch die Mieter sehen anhand ihrer Betriebskostenabrechnung, wie die Belastungen in diesen Bereichen steigen und wie sich die Betriebskosten immer weiter zu einer zweiten Miete entwickeln. Deshalb lehnen wir das geplante Klimaschutzgesetz in seiner bisherigen Form ab, da es durch Auflagen zur Wärmedämmung die finanzielle Belastbarkeit vieler Bürger unseres Bezirks übersteigen würde.
- Die Anwendung des Straßenausbaubeitragsgesetzes auf die Anlieger der Arnulfstraße konnte durch die CDU abgewendet werden, indem die Baumaßnahmen auf reine Instandsetzungsmaßnahmen begrenzt wurden. An der B 96 in Lichtenrade konnte dies nicht verhindert werden, da die Maßnahme einen Ausbau beinhaltet und die gesetzlichen Regelungen eindeutig sind. Am Beispiel des Kirchhainer Damms wird die ganze Unsinnigkeit des Gesetzes deutlich. Die Wohnqualität wird durch steigendes Verkehrsaufkommen objektiv gemindert, das Land Berlin lässt die Anwohner trotzdem einen erheblichen Teil der Kosten tragen. Wir wollen dieses Gesetz bei einem Regierungswechsel wieder abschaffen.
- In den vergangenen Jahren wurde durch den Bezirk mit dem sogenannten Zentrenkonzept ein Instrument geschaffen, um den Wildwuchs von Einkaufszentren in ehemaligen Gewerbegebieten zu verhindern. Auch die Schaffung immer neuer Discountmärkte dient nicht der Stabilisierung der Einkaufsstraßen und kleinen Zentren und wird von der CDU eher kritisch gesehen. Deshalb muss im Einzelfall gefragt werden, ob und wie viel zusätzliche Verkaufsfläche geschaffen werden kann, ohne den traditionell mittelständischen Einzelhandel zu gefährden.
- Das Rückgrat des bezirklichen Handels ist der Mittelstand. Damit er auch künftig eine Chance hat, müssen wir die Attraktivität der Einkaufsstraßen steigern. Deshalb wollen wir für die bestehenden Einkaufsstraßen gemeinsam mit Eigentümern und Einzelhandelsinitiativen ein Leerstandsmanagement schaffen. Aufgabe der Politik ist es nicht, neue Mieter für leerstehende Objekte zu finden, aber eine einzelfallbezogene und sinnvolle, ggf. auch kostenlose Zwischennutzung von Objekten durch öffentliche Ausstellungen usw. kann dazu beitragen, den optischen Eindruck von Einzelhandelsstraßen – auch im Interesse der Vermieter - zu verbessern.
- Zur Steigerung der Attraktivität von Einkaufsstraßen gehören auch eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität und die Gewährleistung von ausreichenden Parkmöglichkeiten. Parkraumbewirtschaftung oder Parkscheibenregelungen können hierfür genauso einen Beitrag leisten wie die zeitliche Begrenzung von ganztägigen Busspuren. Die bezirklichen Einkaufsstraßen und Ortsteilzentren sind deshalb im Hinblick auf Käuferverhalten und Aufenthaltsqualität zu untersuchen und ein entsprechendes Maßnahmenkonzept gemeinsam mit Hauseigentümern und Einzelhandelsinitiativen zu entwickeln.
- In den letzten Jahren konnte durch konsequente Anwendung des Planungsrechts das Problem illegaler Automärkte und deren Folgen für die belasteten Anwohner beseitigt werden. Das von der CDU gestellte Bezirksamtsmitglied hat gemeinsam mit der Fraktion versucht, darüber hinaus die Ansiedlung neuer Spielhallen zu verhindern. Leider konnte das nicht immer gelingen. Inzwischen hat das Berliner Abgeordnetenhaus ein Spielhallengesetz beschlossen, das die langjährigen Forderungen der Berliner CDU nach einer wirksamen Begrenzung der Anzahl der Spielhallen bis hin zur Schließung vorsieht. Dies muss nun zügig im Bezirk umgesetzt werden, um der Verschandelung des Stadtbildes entgegenzuwirken.